

## **ver.di-Forderungen zur Haushaltsklausur der niedersächsischen Landesregierung am 02. Juli 2023:**

### **Umbrüche sozial gestalten - für ein solidarisches und gerechtes Niedersachsen**

Bis zum Jahr 2027 wird das Land Niedersachsen 1,4 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen, als bislang angenommen. Allein in diesem Jahr sollen die Einnahmen rund 221 Millionen Euro höher ausfallen, im kommenden Jahr sogar 383 Millionen höher, als bislang geplant. Das ist das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2023. Das Land muss, aus ver.di-Sicht, diese zusätzlichen Gelder in Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel investieren. Nur so kann der öffentliche Dienst, aber auch viele andere Bereiche in Niedersachsen attraktiver gestaltet und krisenfest aufgestellt werden. Vor der Haushaltsklausur der rot-grünen Koalition hat ver.di deshalb Forderungen aufgestellt, die aufzeigen, in welche Bereiche mehr Gelder fließen müssen.

#### **Bildung/Kitas**

Wir brauchen eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, um pädagogische Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört unter anderem:

- Bestehende Ausbildungskapazitäten müssen ausgebaut, eine Ausbildungsvergütung von Anfang an muss für alle gewährleistet werden
- Eine praxisintegrierte vergütete Ausbildung zur Erzieher\*in muss endlich auch in Niedersachsen entwickelt und stufenweise ausgebaut werden
- Qualifizierungen zur Erzieher\*in für Quereinsteiger\*innen müssen ausgeweitet werden
- ausreichend Zeit und finanzielle Anerkennung für die Praxisanleitung in den Einrichtungen ist flächendeckend notwendig
- mehr Lehrkräfte an Berufsfach- und Fachschulen. Hierzu werden mehr Studienplätze, mehr Lehrende an Hochschulen gebraucht

1

Wir brauchen zudem eine Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen, um pädagogische Fachkräfte zu halten und das Arbeitsfeld attraktiver zu machen:

- durch einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel
- durch mehr Verfügungszeiten für pädagogisches Personal und mehr Zeit für Leitungsaufgaben, jede Kita braucht eine stellvertretende Kita-Leiter\*in mit ausreichend Zeit
- durch Beteiligung an verbindlichen Notfallplänen und transparente Maßnahmen bei personellen Engpässen
- durch Entlastung: jede Kita braucht ausreichend Personalstunden für Hauswirtschaft, Technik und Verwaltung

- keine Ausgliederung von nicht-pädagogischen Arbeiten – Kita-Arbeit ist Teamarbeit

Das Land muss darüber hinaus die Refinanzierung aller tariflichen Regelungen sicherstellen (auch bei Übertragung des TVöD Tarifabschlusses im Sozial- und Erziehungsdienst 2022 auf Haustarifverträge für die Wohlfahrtsverbände).

### **Öffentliche Daseinsvorsorge**

Wir fordern die finanzielle Stärkung der Kommunen für attraktive Arbeitsplätze in der Daseinsfürsorge, mit modernen Arbeitsbedingungen beim Land und seinen Institutionen, den Ausbau der Digitalisierung mit frühzeitiger Qualifizierung der Beschäftigten für die neuen Herausforderungen.

### **Tariftreue- und Vergabe**

Wer über Gute Arbeit fördern will, kommt an Tarifverträgen nicht vorbei. Wir brauchen ein verbessertes Tariftreue- und Vergabegesetz: Gute Arbeit gibt es nur mit Tarifverträgen. Die Tarifbindung wird gestärkt, wenn sie zum Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird. Beschäftigte, Betriebe und der Staat profitieren.

### **Tarifverträge refinanzieren**

2

---

In mehreren Branchen, deren Rahmenbedingungen und Personalkosten maßgeblich durch die öffentliche Hand und/oder die Kassen finanziert werden, erleben wir eine strukturelle Unterfinanzierung, Investitionsstau, Probleme bei der Refinanzierung von tariflichen Regelungen. Wir erwarten deshalb eine auskömmliche Finanzierung der Rahmenbedingungen sowie wirksame Regelungen zur Tariftreue bei Beauftragung und Vergabe und eine lückenlose Refinanzierung aller tariflichen Regelungen.

### **Eingliederungshilfe**

Möglichkeit der verbesserten Finanzierung durch Nachverhandlungen bei Nachweis tariflicher Steigerungen; die Träger erhalten über den Landesrahmenvertrag seit Januar 2023 eine 4,2-prozentige Erhöhungen der Personalkosten; für Anwender des TVöD ist dies etwa aufgrund des TVöD Tarifabschlusses für den Sozial- und Erziehungsdienst 2022 nicht kostendeckend.

## **Krankenhäuser**

Das Land muss seiner Verpflichtung der Investitionsförderung nachkommen, die Investitionsquote erreicht nicht einmal die Hälfte der als notwendig erachteten 8 Prozent; es gibt einen Investitionsstau von mindestens 2,2 Mrd. Euro; in einem ersten Schritt müssen die jährlichen Mittel auf mindestens 250 Millionen Euro erhöht werden. Das Land muss Landkreise und Kommunen bei der Rückführung ehemals privatisierter Einrichtungen mit Hilfen und Krediten unterstützen, um eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung zu stärken.

Das Land muss zudem die Refinanzierung tarifvertraglicher Regelungen zur Entlastung der Beschäftigten (Personalstandards, Belastungsausgleich) in kommunalen und Landes-Krankenhäusern gewährleisten.

## **Hochschulen**

Das Land muss die Grundfinanzierung anheben, um unter anderem die folgenden Maßnahmen abzusichern: Abschaffung von über Drittmittel finanzierte und befristete Beschäftigung, Schaffung unbefristeter Stellen, Refinanzierung der Tarifsteigerungen, Berücksichtigung steigender Energiekosten, Finanzierung eines „TV Stud“, Absicherung der Landesliegenschaftsgesellschaft zur Modernisierung der Hochschulbauten, Anhebung der Mittel für Studierendenwerke.

## **Weiterbildungsbranche**

Anhebung der Finanzhilfe nach dem NEBG: Verdopplung auf 100 Mio. € (möglich in Schritten) bis zum Ende der Legislaturperiode  
Einführung einer wirksamen Tariftreueregelung, nach der die Träger oder Gesellschaften den TV-L bzw. TVöD anzuwenden haben.

## **Beamt:innen**

Wir fordern für die Beamtinnen und Beamten des Landes (und damit in der Folge auch für die kommunalen Beamtinnen und Beamten) eine weitere Erhöhung der jährlichen Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) – weiter in Richtung Tarifniveau des TV-L.

Wir fordern eine Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehr- und Justizvollzugszulage. Wie bei anderen Zahlungen auch (z.B. der Corona-Sonderzahlung für aktive Beamtinnen und Beamten aus der Tarif- und Besoldungsrunde 2021) dürfen die Versorgungsempfänger\*innen nicht noch weiter abgehängt werden.

## **Erwerbslose**

Die Förderung der mehr als 30 Erwerbslosenberatungsstellen in Niedersachsen reicht nicht aus. Wir fordern pro Einrichtung eine Förderung durch das Land in Höhe von jeweils 43 000 Euro – das bedeutet insgesamt eine Summe von rund 1 300 000 Euro.

## **ÖPNV**

Wir brauchen mehr Investition in den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Wir brauchen mehr Geld für Busse und Bahnen, für mehr Verbindungen im ländlichen Raum und bessere Takte und Anschlüsse. Der Ausbau des ÖPNV ist eine der zentralen Antworten auf die Klimakrise, er ist aber auch eine Lösung für die immer mehr verstopften Autobahnen und Straßen. Zigtausende Pendlerinnen und Pendler in Niedersachsen warten auf eine angemessene Alternative zum Auto.

## **Energiewende**

Wir fordern finanzielle Mittel für eine soziale Energiewende: Wir brauchen Geld für Programme für die Beschäftigten, die von der Transformation betroffen sind. Wir fordern zudem mehr Geld, um die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands schneller voran zu treiben.

4

---

## **Kunst und Kultur**

Für die Museen, Theater und Konzerthäuser braucht es eine ausreichende finanzielle Ausstattung, damit Kunst und Kultur einen selbstverständlichen und abgesicherten Raum einnehmen können.

## **Demokratie sichern**

Wir fordern die dauerhafte Finanzierung von Organisationen und Gruppen, die sich für Demokratie und Vielfalt, gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzen.

## **Gewalt an Frauen**

Wir fordern auch den Ausbau von Frauenhausplätzen und weiteren Schutzkonzepten gegen Gewalt an Frauen.